

Parlamentarischer Vorstoss

2024/143

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Demokratie in der Gemeindezusammenarbeit
Urheber/in:	Dario Rigo
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Brodbeck
Eingereicht am:	7. März 2024
Dringlichkeit:	—

Interkommunale Zusammenarbeit ist zentral für die Bewältigung von Herausforderungen, denen Gemeinden gegenüberstehen. Während diese Kooperationen in Bereichen wie Infrastruktur und Verwaltung Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen versprechen, werfen sie Fragen hinsichtlich direktdemokratischer Mitbestimmung auf.

Wohl können die Stimmberechtigten am Anfang Ja oder Nein zu einer Zusammenarbeit sagen; ist die Gemeinde aber erst einmal z. B. einem Zweckverband beigetreten, gehen sämtliche Befugnisse auf dessen Organe über. Ein Referendum gegen Ausgabebeschlüsse, wie auf Gemeinde- oder Kantonebene, ist dann nicht mehr möglich.

Das Demokratiedefizit bei interkommunalen Gremien erklärt zum Teil auch die Zurückhaltung bei der Bildung neuer öffentlich-rechtliche Körperschaften. Es wird befürchtet, dass die Institutionen langfristig eine unkontrollierbare Eigendynamik entwickeln.

In anderen Kantonen, wie SO, AG und ZH, stehen den Stimmberechtigten mehr politische Rechte zu. So zum Beispiel mit einem Referendumsrecht gegen neue Ausgaben von Zweckverbänden und Anstalten.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, ob die demokratische Mitsprache bei der Interkommunalen Zusammenarbeit gestärkt werden sollte.
